

**Die offene Gesellschaft als Chance**  
20 Ziele für ein wirtschaftlich starkes Deutschland

Von Henrik Enderlein

Veröffentlicht im September 2015

## **EINLEITUNG: DEUTSCHLAND HEUTE**

Deutschland steht wirtschaftlich stark da.

Keine andere führende Volkswirtschaft der Welt hat die Krise so gut überstanden wie Deutschland. Das Durchschnittswachstum lag höher als in jedem anderen großen Euroland; die Arbeitslosigkeit ist auf ein seit Jahrzehnten unerreichtes Niveau gefallen, die Schuldenquote ist gesunken, und ein kluges industrielles Innovationsmodell gepaart mit einer engen Verflechtung in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten hat zu einer beispiellosen Exportstärke geführt. Die durch Mindestlohn und angemessene Tarifabschlüsse anziehende Binnennachfrage führt zu einer Angleichung der Leistungsbilanz.

Gleichzeitig stehen nur wenige führende Wirtschaftsnationen der Welt mittel- und langfristig vor so grundlegenden Herausforderungen wie Deutschland. Diese Herausforderungen sprechen eine klare Sprache. Deutschland ist heute stark, darf sich auf dieser Stärke aber nicht ausruhen.

Die wichtigsten Herausforderungen sind:

- Die demographische Entwicklung: Die Bevölkerung Deutschlands wird zwischen dem Jahr 2000 und 2060 wohl um rund 20% schrumpfen. Ohne grundlegende Veränderungen wird unsere Bevölkerungszahl dann geringer sein als in Frankreich oder Großbritannien. Heute zählen wir ca. 2,3 Arbeitnehmer pro Rentner, im Jahr 2060 werden es nur noch ca. 1,3 Arbeitnehmer pro Rentner sein.
  
- Die europäische Integration: Europa ist längst Teil der deutschen Wirtschaftspolitik. Deutschland gehört nicht nur einem Binnenmarkt und einer Währungsunion an, sondern auch einer supranationalen Wirtschaftsunion, in der viele Entscheidungen gemeinsam von den Institutionen der Europäischen Union grenzüberschreitend getroffen werden müssen. Neue Integrationsmodelle stehen auf der Tagesordnung.
  
- Die Digitalisierung der Wirtschaft: Den digitalen „Sektor“ gibt es schon lange nicht mehr. Die Digitalisierung hat alle Bereiche unseres Lebens erreicht. Neue Technologien und neue Geschäftsmodelle prägen unseren Alltag. Dementsprechend weit gespreizt liegen die Herausforderungen: von „Big Data“ und Datenschutz über die Bedeutung von Software in allen Lebensbereichen bis hin zu den Möglichkeiten der Digitalisierung beim Bürokratieabbau oder in der Medizin und der Schaffung eines angemessenen Ordnungsrahmens.

- Die Energieagenda 2030: Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität können nur gesichert, geschweige denn – und wichtiger noch – verbessert werden, wenn die Energieversorgung zu fairen, stabilen Preisen möglich, langfristig gesichert und umwelt- und klimapolitisch nachhaltig ist. Nur wenige Länder wissen um diese Herausforderung so genau wie Deutschland. Denn die Energiewende ist Aufgabe und Chance zugleich. Wir wollen das Wagnis eingehen, einen der weltweit führenden Industriestandorte auf eine neue, nachhaltige Energiebasis zu stellen.
- Die weitere Integration der Weltwirtschaft: Das Schlagwort des 21. Jahrhunderts wird nicht mehr nur „Globalisierung“ sein, sondern „Globales Wachstum“. Der rasante Bevölkerungszuwachs in vielen Regionen der Welt wird dank enger wirtschaftlicher Vernetzung weltweit hohes Wachstum und Wohlstand hervorbringen, das die relative Bedeutung der deutschen Wirtschaftsproduktion sicherlich mindern wird, dafür aber enorme Chancen bietet. Diese Chancen gilt es zu nutzen.
- Weltsicherheit: Mit der Globalisierung, dem globalen Wachstum und der zunehmenden Vernetzung entstehen aber auch Fragen an die Weltsicherheit. Neue geopolitische Herausforderungen und Konflikte sind ein Risiko für den Wohlstand weltweit.

Jede der genannten Veränderungen bringt Herausforderungen an das heutige Modell Deutschland mit sich. Wer ehrlich ist, der weiß, dass unser Land sich ändern muss, um sozialdemokratische Werte zu sichern und weiter erfolgreich zu sein.

Deutschland ist gegenwartsfähig. Aber ist Deutschland auch zukunftsfähig?

Es ist seit jeher die Kernkompetenz der SPD, unser Land mit notwendigen und klugen Reformen immer wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen, auch wenn die Maßnahmen nicht immer populär waren. Dafür steht Willy Brandt mit der neuen Ostpolitik. Dafür steht Helmut Schmidt mit der Europapolitik. Dafür steht Gerhard Schröder mit der Agenda 2010.

Heute muss die SPD einen neuen Schritt auf dem Weg zu einer neuen Veränderung unseres Landes angehen. Dieser orientiert sich an zwei Leitgedanken. Erstens das Konzept einer „offenen Gesellschaft“. Zweitens, die Idee einer modernen sozialen Marktwirtschaft, die klare Regeln setzt für eine offene Gesellschaft, in der die Ungleichheit zurückgeht und Wohlstand für alle möglich wird.

## DIE OFFENE GESELLSCHAFT

Um selbstbewusst in die Zukunft zu blicken, muss Deutschland sich öffnen und Barrieren abbauen.

- Wir brauchen eine bessere vertikale Öffnung der Gesellschaft von unten nach oben. Dabei geht es um Chancen zur sozialen Verbesserung, um Durchlässigkeit und Mobilität in einer „Aufstiegsgesellschaft“ zu gewährleisten. Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Und diese Chancen beginnen mit der Bildungspolitik, umfassen aber alle Bereiche gesellschaftlichen Aufstiegs, die nur in einer durchlässigen und offenen Gesellschaft glücken können.
  
- Wir brauchen eine bessere horizontale Öffnung der Gesellschaft für alle Lebensmodelle. Unser Ziel ist eine tolerante Gesellschaft, in der niemand außen vor bleibt und jeder die Chancen erhält, die er braucht. Das betrifft vor allem die Gleichstellung von Frauen im Arbeitsmarkt, aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Akzeptanz neuer Erwerbsbiographien, die Toleranz gegenüber neuen Familienmodellen, religiöser Zugehörigkeit und gleichgeschlechtlichen Ehen sowie die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft, die von außen zu uns kommen.
  
- Wir brauchen eine noch bessere Öffnung nach außen und mehr Internationalität. Deutschland muss ein Einwanderungsland sein, um seine wirtschaftliche Stärke beizubehalten, und dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Und Einwanderung ist nur in einem Land der Toleranz erfolgreich, in dem die Werte von Freiheit und Gleichheit von allen anerkannt werden. Deutschland muss sich noch viel deutlicher als Teil eines europäischen Gesellschaftsmodells sehen, als Teil einer immer enger integrierten Weltwirtschaft (vor allem in den Bereichen Digitales, Energie und Finanzen), als Exporteur von Ideen und Produkten. Aber Deutschland muss auch offener werden als Empfängerland von Kapital für Ideen, Innovationen und Unternehmertum.
  
- Insgesamt geht es vor allem um eine Öffnung des Wohlstands für alle. Wir sollten uns für ein Modell des inklusiven Wachstums und Wohlstands einsetzen, in der jeder Bürger sich aktiv beteiligen kann, am Haben und am Sagen, durch Anteil am Produktivitätsgewinn und durch Mitbestimmung, und in der somit eine Wirtschaft der Teilhabe entsteht. Gleichzeitig brauchen wir in einer offenen Wirtschaft eine

noch höhere Akzeptanz von unternehmerischem Risiko und einen Abbau von Privilegien, damit jeder seine Chancen nutzen kann.

Jeder dieser Öffnungsprozesse ist wirtschaftspolitisch von erheblicher Bedeutung. Es fiel uns schwer, den Wohlstand unserer Gesellschaft zu halten, wenn wir diese Öffnungsprozesse nicht vollzögen. Und Wohlstandserhaltung darf eigentlich nicht das Ziel sein. Wir wollen mehr, vor allem qualitativ besseren Wohlstand, der ein Mehr an Lebensqualität für uns und für kommende Generationen bringt.

Wir wissen aber auch, dass jeder gesellschaftlicher Öffnungsprozess Fragen aufwirft, manchmal auch Ängste. Öffnung braucht Sicherheit. Für uns sind in einer Wirtschaftspolitik der „offenen Gesellschaft“ folgende Punkte wichtig:

- Der Öffnungsprozess muss sozial gerecht ablaufen. Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn die soziale Grundsicherung jedes einzelnen Menschen nicht in Frage gestellt wird. Lebensqualität muss gewahrt, in vielen Bereichen sogar noch verbessert werden. Dafür muss auch der Missbrauch offener Märkte durch kluge Regulierung unterbunden werden. Und es versteht sich von selbst, dass gerechte Löhne, ein angemessener Mindestlohn, und eine gerechte und zukunftsfeste Rente Pfeiler der offenen Gesellschaft sein müssen. Öffnung kann nur dann gelingen, wenn alle an den daraus resultierenden Gewinnen partizipieren können.
- Der Öffnungsprozess muss mit Schutz einher gehen. Eine offene Gesellschaft muss besonderes Augenmerk auf die innere Sicherheit legen, auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität, sei sie politisch oder wirtschaftlich motiviert, auf Fragen des Datenschutzes und den Schutz der kulturellen Werte in unserer Gesellschaft. Wer aber diesen notwendigen Schutz gleichsetzt mit Forderungen nach einer Schließung oder Abkopplung unserer Gesellschaft, der hat die Herausforderungen der Zeit nicht begriffen.
- Die Nachhaltigkeit des Öffnungsprozesses muss gesichert sein. Ein kluges wirtschaftspolitisches Modell legt besonderes Augenmerk auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und befürwortet deshalb mehr Investitionen, aber weniger Schuldenlast. Und natürlich muss ein offenes Gesellschaftsmodell auf eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik aufbauen: Öffnung geht einher mit mehr, nicht mit weniger Verantwortung für unseren Planeten, für unser Klima und für die Entwicklungschancen der Welt.

Was muss sich ändern, damit Deutschland dem Ziel einer „offenen Gesellschaft“ näher kommt? Die gute Nachricht ist: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Reformen und Veränderungsprozesse der vergangenen Jahre haben uns weit gebracht.

Aber es gibt noch viel zu tun. Vor allem in der Wirtschaftspolitik. Deutschland braucht neue strukturelle Veränderungen. Diese müssen in ein modernes Verständnis einer sozialen Marktwirtschaft eingebettet sein. Dieser Veränderungsprozess wird sich nur über einen geraumen Zeitraum hinweg realisieren lassen, darf aber nicht mehr aufgeschoben werden.

Denn: Wer Wohlstand nur verwaltet, gibt den Wohlstand auf.

## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: WOHLSTAND FÜR ALLE

Die soziale Marktwirtschaft ist Teil des deutschen politischen Konsenses. Bei näherer Betrachtung stellt sich dieser Konsens jedoch als oberflächlich heraus. Denn dahinter verbirgt sich ein Denken in falschen Alternativen – Markt *oder* Staat, Wirtschaftswachstum *oder* Verteilungsgerechtigkeit, Fairness *oder* Effizienz – eine Politik der falschen Alternativen muss überwunden werden.

Denn diese Polarisierung beruht auf einem veralteten Verständnis marktwirtschaftlicher Erfolgsbedingungen. Eine wachsender Konsens in den Wirtschaftswissenschaften, gestützt auf die Erfahrungen erfolgreicher Industrie- und Schwellenländer und neuen Erkenntnissen aus der Verhaltensökonomie, kommt zu dem Schluss, dass es sich bei Markt und Staat, bei Gerechtigkeit und Wachstum um falsche Gegensätze handelt. Im Gegenteil: Markt und Staat, soziale Gerechtigkeit und Wachstum brauchen und bedingen einander.

- ➔ In der *alten Vorstellung*, die auch heute noch vielfach wirtschaftspolitische Debatten prägt, werden Markt und Staat als konkurrierende Ordnungssysteme begriffen. Mehr Staat bedeutet weniger Markt. In der *neuen Vorstellung* sind offene Märkte und transparente staatliche Institutionen komplementär. Sie brauchen einander. Märkte sind der zentrale Mechanismus erfolgreicher Volkswirtschaften. Aber Märkte können nur aufgrund starker staatliche Institutionen funktionieren. Der Staat muss den Ordnungsrahmen herstellen, um private Interessen mit dem Gemeinwohl zu vereinbaren. Dazu gehört nicht nur die Sicherung von Eigentumsrechten und Wettbewerb, sondern auch von Chancengleichheit (und somit Bildung), und angemessener Regulierung. Den Staat aus diesen Rollen zurückzudrängen, heißt nicht, dem Markt mehr Luft zu geben, im Gegenteil. Es würde heißen, Märkten die Unterstützung zu entziehen, die sie brauchen um sich im Dienste des Gemeinwohls zu entfalten.
  
- ➔ In der *alten Vorstellung* werden Effizienz und soziale Gerechtigkeit als Gegenpole begriffen. Dahinter steckt die Idee, dass der Versuch, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, zwangsläufig Anreize untergräbt und Märkte in ihren Abläufen stört. Diese Ideen beruhen auf einem veralteten Wirtschafts- und Menschenbild, in dem Individuen ausschließlich an ihren Eigennutz denken und auf materielle Anreize reagieren. In der *neuen Vorstellung* werden Menschen sehr wohl durch Eigennutz motiviert, ebenso aber durch soziale Motive. Unabhängig von

materiellen Anreizen verhalten sich Menschen kooperativer und leistungsbereiter, wenn sie die Spielregeln als fair empfinden und wenn Leistung mit Gegenleistung vergolten wird. Fairness in der Gesellschaft bedingt dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg.

Die soziale Marktwirtschaft ist kein Gegenpol zur offenen Gesellschaft, sondern ihre Voraussetzung, ihre stetige Begleitung und ihr Garant. Denn offene Wege zum Wohlstand brauchen Regeln der Gerechtigkeit in allen ihren sozialen, ökonomischen und politischen Dimensionen. Wir brauchen eine an diesen Erkenntnissen orientierte Wiederentdeckung des „Sozialen“ in der sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen sie nicht nur, weil es in unserer Gesellschaft – gerade wenn wir sie offen und wettbewerbsorientiert gestalten – immer wieder soziale Ungleichheit geben wird, die zu viele Menschen auszuschließen droht. Wir brauchen sie, weil eine Wirtschaftspolitik, die soziale Motivationen ernst nimmt, letztlich auch im Sinne von Effizienz und Wachstum erfolgreicher sein wird, als eine Wirtschaftspolitik, für die Verteilungsgerechtigkeit ein Nachgedanke ist, der allenfalls ins Spiel kommt, nachdem Märkte ihre Arbeit verrichtet haben.



## 20 ZIELE FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES DEUTSCHLAND

Die Gesellschaft von morgen beginnt heute. Nicht alles muss verändert werden, damit Deutschland eine „offene Gesellschaft“ wird, aber einiges. Dazu formulieren wir 20 Ziele für die deutsche Wirtschaftspolitik mit ersten Ideen zur Umsetzung. In den kommenden Monaten wollen wir aus den hier skizzierten Ideen konkrete Vorschläge entwickeln, wie und in welchem Zeitraum wir diese Ziele erreichen können.

### → Die vertikale Öffnung der Gesellschaft: Bildung, Arbeitsmarkt, Unternehmenskultur

#### Ziel 1: Unser Bildungsmodell muss noch besser und durchlässiger werden

- Gute Bildung ist die beste Garantie für spätere soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.
- Wir brauchen eine bessere Finanzierung von Bildung in allen Bereichen (nicht nur frühkindlich). Nirgends sind die gesellschaftlichen Renditen so hoch wie im Bildungsbereich.
- Wir brauchen eine Besserstellung von Lehrkräften und Erziehern in der Gesellschaft. Das schließt bessere Bezahlung mit ein.
- Der bildungspolitische Flickenteppich tut unserem Land nicht gut. Je mobiler unsere Gesellschaft wird, desto kompatibler müssen unsere Bildungssysteme werden. Wir brauchen deshalb eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Bildungsmodelle in Deutschland.
- Deshalb sollten wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben und durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen.
- Nur ein durchlässiges Bildungsmodell ist ein gutes Bildungsmodell. Wir stehen für eine Bildungspolitik mehrerer Chancen, für eine Bildungspolitik, die Hauptwege, aber auch Nebenwege zulässt – und dies ein ganzes Leben lang. Die Durchlässigkeit der einzelnen Bildungsstufen ist von ganz besonderer Bedeutung.

## Ziel 2: Der Eintritt in den Arbeitsmarkt muss vor allem in den unteren Lohngruppen verbessert werden

- Auch wenn Berufsbiographien immer offener werden, darf das nicht heißen, Arbeitsverhältnisse grundsätzlich zu befristen. Flexible Lebensbiographien, die Aufstiege ermöglichen, brauchen als Regelmodell sichere und unbefristete Arbeitsverträge. Zugleich müssen wir die Mobilität von Arbeitskräften sowohl entlang von Qualifikationsaufstiegen wie durch regionale oder branchenbezogene Berufswechsel unterstützen.
- Deutschland krankt an einer hohen Belastung niedriger Löhne durch Sozialbeiträge, die außer bei den Mini- und zu einem gewissen Grad bei den Midi-Jobs nicht der Progression unterliegen.
- Wir sollten deswegen an der Einführung eines Dynamischen Lohnsteuerbonus oder anderen Modellen arbeiten, um die mangelnde Progression bei den Sozialabgaben zumindest teilweise zu kompensieren.

## Ziel 3: Deutschland muss seine Unternehmerkultur verbessern und gleichzeitig Privilegien abbauen

- Eine erfolgreiche offene Gesellschaft braucht Unternehmer, die Ideen nicht nur entwickeln, sondern auch in starke, international erfolgreiche Projekte umsetzen können.
- Wir müssen deshalb die Risikokultur in unserem Land erhöhen. Wir brauchen eine bessere Förderung junger Unternehmen durch Risikokapital, aber auch eine Treppenfinanzierung, die erfolgreichen kleineren Unternehmen hilft, eine kritische Größe für den internationalen Wettbewerb zu erreichen. Jungunternehmer von heute sind der Mittelstand von morgen und die Großunternehmen von übermorgen.
- Eine offene Gesellschaft baut den wenig effektiven Schutz stark regulierter Berufe mit überdurchschnittlich hohen Einkommen ab. Es ist nicht ersichtlich, warum manche Berufsstände dank regulatorischer Bedingungen besser gestellt sind als die meisten anderen.
- Gutes Unternehmertum braucht ein Umfeld ohne unnötige bürokratische Hürden. Deutschland muss sich noch stärker dem Bürokratieabbau widmen. Die Digitalisierung ist dabei eine große Hilfe.

## → Die horizontale Öffnung der Gesellschaft: Gleichstellung, Arbeitsmarkt, Digitalisierung

### Ziel 4: Frauen müssen noch bessere Zugänge in den Arbeitsmarkt finden

- Deutsche Frauen sind überproportional oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen beschäftigt. Die OECD beobachtet, dass „Deutschland das einzige OECD-Land ist, in dem Zweitverdiener in Familien mit Kindern durch das Steuer- und Sozialleistungssystem nicht begünstigt werden.“
- Der erste naheliegende Schritt zur Überwindung dieses Problems ist eine verfassungskonforme Neugestaltung des Ehegattensplittings und die Abschaffung des Betreuungsgeldes.
- Deutschland braucht die Einführung eines rechtlichen Anspruchs auf Rückkehr in den vorherigen Umfang der Beschäftigung nach einer Teilzeitbeschäftigung aus familiären Gründen. Dieser Zusatz zur bestehenden Gesetzgebung würde garantieren, dass viele Frauen, die mehr Stunden arbeiten möchten, auch einen gesetzlichen Anspruch darauf haben.
- Deutschland muss noch mehr zur Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten tun, insbesondere durch Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebots, aber auch durch Steuervergünstigungen für private Kinderbetreuung.

### Ziel 5: Die Arbeitsmarktpolitik muss eine zeitgemäße Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit herstellen

- Die horizontale Öffnung der Gesellschaft steht dafür, dass kein Arbeitnehmer ohne Job zurückgelassen werden darf. Eine zielgerichtete aktive Arbeitsmarktpolitik ist gerade in einer alternden Gesellschaft ein Pfeiler der Öffnung des Arbeitsmarkts für alle.
- Die Politik des Förderns und Forderns ist und war richtig. Wir müssen sie aber fair ausgestalten, damit Sanktionen gerade jugendliche Leistungsempfänger nicht in den sozialen Untergrund drängen, sondern deren Motivation und Leistungsbereitschaft wiederherstellen und stärken.
- In einer offenen Gesellschaft werden immer mehr Berufe selbständig ausgeführt. Das darf nicht zu Lasten der sozialen Sicherheit gehen. Wir wollen die Idee der paritätisch und sozialpartnerschaftlich getragenen sozialen Sicherheit für die Zukunft entwickeln und erhalten. Die Absicherung freiberuflicher Tätigkeiten muss unbürokratisch und flexibel sein. Wer von

freiberuflicher Tätigkeit als Auftraggeber profitiert, soll sich auch an der sozialen Sicherung beteiligen.

Ziel 6: Die Digitalisierung muss sich fortsetzen, um Bildungs-, Innovations- und damit Wohlstandschancen in jeden Ort unseres Landes zu bringen.

- Eine offene Gesellschaft stützt sich auf die Digitalisierung. Deshalb muss sich sicherstellen, dass jeder Zugang zu Breitband-Internet erhält und potentiell frei zugängliches Wissen auch jedem einzelnen praktisch zugänglich ist. gemacht wird.
- Digitalisierung wirft aber auch viele Fragen auf, die den Datenschutz betreffen, Machtmissbrauch oder auch Monopolbildung und bringt tiefgreifende Veränderungen für unsere Arbeitswelt mit sich. Eine zeitgemäße Ordnungspolitik für die Digitalisierung ist zentraler Bestandteil moderner Wirtschaftspolitik.

**→ Die Außenöffnung: Zuwanderung, Europa, Weltwirtschaft**

Ziel 7: Deutschland braucht ein offenes und gerechtes Zuwanderungsmodell

- Deutschland muss Einwanderungsland sein. Um demographische Stabilität zu erreichen, würden wir mindestens 300 000 Zuwanderer pro Jahr benötigen – im Durchschnitt über mehrere Jahre. Das hieße, es würde bis 2060 zu einem Gesamtzustrom von rund 14 Mio. Menschen kommen, das entspräche 17 % der heutigen Bevölkerung Deutschlands. Diese Zahlen zeigen, dass wir ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit von Einwanderung und eine klare Definition unserer Zuwanderungswünsche und –kriterien brauchen.
- Die gegenwärtigen Daten zur Migration in Deutschland weisen auf einige beunruhigende Tatsachen hin: Migranten in Deutschland haben ein doppelt so hohes Armutsrisiko wie Nicht-Migranten. Diese Zahl gilt für alle Bildungsniveaus. Ein Zuwanderer mit Abitur (oder einem entsprechenden Abschluss) wird mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 % in Armut leben, während diese Wahrscheinlichkeit bei Einheimischen nur bei 9 % liegt. Und selbst Zuwanderer, die in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, sind deutlich häufiger arbeitslos als deutsche Akademiker ohne Migrationshintergrund.
- Wir müssen eine bessere Willkommens- und Bleibekultur in Deutschland etablieren. Deutschland muss den Sprachunterricht für Migranten deutlich

verbessern und das Angebot an öffentlich geförderten Sprachkursen stark erhöhen Ob Integrationskurse oder berufsbezogene Sprachkurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge – wir müssen die Mittel kurzfristig um rund 50 Millionen Euro und mittelfristig auf 100 Millionen Euro anheben, um den steigenden Bedarf zu decken. Dies ist gut angelegtes Geld. Denn deutscher Sprachunterricht ist ein Schlüssel zur Teilhabe und besonders erforderlich für Kinder und Jugendliche, die ohne Deutschkenntnisse inländische Schulen besuchen, aber auch für arbeitende Migranten und ihre Lebenspartner und -partnerinnen.

- Deutschland braucht ein sozial gerechtes, transparentes und an den Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft- und Gesellschaft orientiertes Einwanderungssystem, um diejenigen Einwanderer zu gewinnen, die in Deutschland am dringendsten gebraucht werden. Dabei sollten nicht allein bereits abgeschlossene Ausbildungen, sondern auch die Ausbildungsfähigkeit zählen. Dafür brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Zuwanderung aus der EU aufgrund der Freizügigkeit, Zuwanderung durch Flüchtlingsaufnahme und Familiennachzug muss abgeglichen werden mit darüber hinaus gehenden Bedarfen.
- Notwendig ist zudem, dass Einwanderer ihre ausländischen Qualifikationen in einem leicht verständlichen und transparent ausgestalteten Verfahren anerkennen lassen können und Möglichkeiten, für notwendige Nach- und Anpassungsqualifizierungen geboten bekommen.

#### Ziel 8: Deutschland muss zum Treiber einer tieferen Wirtschaftsintegration in Europa werden

- Europa und der Euro sind aus dem deutschen Wirtschaftsmodell nicht mehr wegzudenken. Das ist gut so. Und die europäische Integration muss dort weiter gehen, wo sie Wohlstand sichert und Chancen öffnet.
- Deutschland muss zum Treiber gemeinsamer regulatorischer und politischer Anstrengungen werden, bei der Länder mit gemeinsamen Interessen sich in einem „ökonomischen Schengen“ zusammenschließen und größere und gemeinsam regulierte Märkte zwischen Ländern schaffen – als offene Ergänzung und nicht als Konkurrenz zum Europäischen Binnenmarkt.
- Das gilt vor allem für „Branchen ohne Grenzen“, also Bereiche, in denen unterschiedliche Regulierung oder Grenzen Geschäftsmodelle behindern und europäischem Unternehmertum einem Nachteil gegenüber anderen Regionen der Welt bescheren.

- Die wichtigsten Branchen ohne Grenzen sind: Digitales, Energie und der Bereich der Arbeitskräftemobilität.

Ziel 9: Deutschland muss einen Beitrag zur Modernisierung Europas leisten, durch einen Beitrag zu Investitionsprojekten und zu Strukturreformen

- Investitionen sind die Nachfrage von heute und das Angebot von morgen.
- Deutschland sollte einen Beitrag zur Mobilisierung privater Investitionen leisten und zwar durch die Bereitstellung frischen staatlichen Kapitals für den Juncker-Plan.
- Krisenländer in Europa müssen dringend ihre Investitionen erhöhen und Strukturreformen vorantreiben. Ein wirtschaftspolitisch klug interpretierter und angewandter Stabilitäts- und Wachstumspakt lässt ausreichend Spielraum für Investitionen, den die Länder nutzen sollten. Die Juncker-Kommission hat klare Vorgaben gemacht, die auch dafür sorgen, dass Strukturreformen weiter konsequent fortgesetzt werden.
- Deutschland sollte die EZB in der unabhängigen Ausübung ihres Mandats nach Kräften unterstützen. Wer die ständige Kritik an der EZB schweigend zulässt oder sogar unterschwellig befeuert, stellt die Unabhängigkeit der Notenbank in Frage.

Ziel 10: Deutschland muss einen Beitrag zur Überwindung der inneren wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa leisten

- Zu lange gab es in Europa eine Divergenz der Wirtschaftsräume. Heute müssen alle, auch Deutschland, einen Beitrag leisten, damit die Ungleichgewichte zurückgehen. .
- Wer eine Drosselung der deutschen Exporttätigkeit fordert, hat die Grundprinzipien der offenen (und sozialen) Marktwirtschaft nicht verstanden. Eine Stärkung der Binnennachfrage ist die richtige Antwort auf die heutigen Herausforderungen. Das heißt: Investitionen und Löhne müssen in Deutschland wieder steigen.

### Ziel 11: Deutschland muss mit Europa seine Position in der offenen Weltwirtschaft stärken

- In einem offenen Weltmarkt muss Deutschland für offene *und* faire Welthandelsregeln sorgen. Die wichtigsten Instrumente sind ausgewogene multilaterale Maßnahmen und ausgewogene Freihandelsabkommen, dort, wo sie mit den Grundwerten der deutschen Gesellschaft in Einklang stehen und Garanten für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sind.
- Ein offener Weltmarkt für Daten und Dienstleistungen, Kapital und Güter braucht starke Regeln, die von allen respektiert werden. Eine offene Gesellschaft ist im Weltmarkt so stark wie der Regulierungsrahmen, den sie hervorbringt.

### **→ Eine Öffnung des Wohlstands für alle: Teilhabe, Innovationen, Wertschöpfung, Mittelstand**

### Ziel 12: Deutschland muss seine Ersparnisse besser in Wachstumstreiber zurückführen

- Deutschland investiert seine Ersparnisse nicht gut genug. In Deutschland liegen fast 2 Billionen EUR an Ersparnissen auf normalen Sparkonten. Diese Gelder werden durch die Banken in Investitionen umgelenkt. Dabei entsteht der Effekt, dass Banken im Inland kaum Risiken durch Investitionen in Anteile eingehen, sondern sich stattdessen auf festverzinsliche Investitionen oder durch Vermögenswerte gesicherte Wertpapiere aus dem Ausland verlagern.
- Daher ist es ganz entscheidend, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass deutsche Ersparnisse auf direkterem Weg in heimische und europäische Beteiligungen fließen können.

### Ziel 13: Deutschland muss den Mittelstand als Transmissionsriemen des Wohlstands weiter stärken

- 99% aller Unternehmen in Deutschland sind klein und mittelständisch, ein großer Teil hat weniger als 20 Mitarbeiter. Dennoch orientiert sich die Gesetzgebung oft noch an großen Unternehmen, die spezialisierte Verwaltungen haben. Das muss sich ändern. Öffentliche Verfahren, etwa bei der Auftragsvergabe, müssen vereinfacht und KMU-freundlicher werden.

- Unnötige Bürokratie, die das Wachstum von Start-ups behindert, muss beseitigt werden.
- Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss die Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen noch weiter ermöglicht und gefördert werden, angefangen bei Forschung und Entwicklung.
- Umfragen zeigen, dass nur die Hälfte aller Unternehmen im Mittelstand sich mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt; eine Mehrzahl der Unternehmen hat das eigene Geschäftsmodell noch nicht an die Digitalisierung angepasst. Wir müssen die Unternehmen stärker für die Chancen der Digitalisierung sensibilisieren und sie bei der Umstellung unterstützen.
- „Smart data“ wird zum Geschäftsmodell der Zukunft. Die neue Datenökonomie wird getrieben durch Konnektivität und datenbasierte Dienstleistungen, die weit in die klassischen Felder des produzierenden Gewerbes und des Handwerks vordringen. Dafür müssen Fragen von Datensicherheit und Datensouveränität des Kunden beantwortet werden. Wir brauchen eine neue Ordnungspolitik für das digitale Zeitalter.
- Wir müssen die Erbschaftsteuer mittelstandsfreundlich reformieren – dabei geht es insbesondere auch darum, den Fortbestand von KMU, insbesondere von Familienunternehmen, und von Arbeitsplätzen zu sichern.

Ziel 14: Deutschland muss dafür sorgen, dass die Industrie noch besser für Innovationen zugänglich ist und trotz Dienstleistungsrevolution globaler Spitzenreiter bei der industriellen Wertschöpfung bleibt

- Der Transfer von Spitzenforschung in industrielle Anwendung muss verbessert werden.
- In der Industrie führt die Digitalisierung zu einer Umwälzung der Produktionsprozesse mit tief greifenden Veränderungen in den betrieblichen Abläufen und einer immer stärkeren Koppelung von Produkten mit Dienstleistungen. Die deutsche Industrie wird ihre führende Stellung nur dann halten können, wenn wir gemeinsam die Chancen der Digitalisierung nutzen und Industrie 4.0 zum Durchbruch verhelfen, etwa durch die Vernetzung innovativer IT-Start-ups mit traditionelle Industrieunternehmen.
- Neben der Digitalisierung stellen etwa auch die Energiekosten und die Notwendigkeit ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens die Industrie in Deutschland erneut vor die Frage, ob sie Strukturumbrüche in Vorteile verwandeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit halten kann. Um diese Herausforderungen systematisch und kooperativ anzugehen, brauchen wir



eine konzertierte Aktion von Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften. Daher wollen wir das neue Bündnis „Zukunft der Industrie“ zum Erfolg führen.

## → Ein nachhaltiger Öffnungsprozess: Investitionen, Schuldenabbau, Energiepolitik

Ziel 15: Deutschland muss mehr und besser in seine öffentliche Infrastruktur investieren, um den nächsten Generation kein verfallendes Haus zu übergeben

- Nach Schätzungen des DIW beträgt die Investitionslücke in Deutschland zurzeit etwa 75 Milliarden EUR pro Jahr (bzw. 3 % des BIP) und hat sich zwischen 1999 und 2012 auf 1 Billion EUR (bzw. 40 % des BIP) aufsummiert.
- Die richtig diagnostizierte Investitionslücke in Deutschland besteht vor allem im kommunalen und privaten Bereich. Zur Steigerung der Investitionstätigkeit spielen hier regulatorische Klarheit und ein schlankerer Rechtsrahmen für die Beilegung von Streitfällen im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten eine wichtige Rolle.
- Doch Deutschland hat sich zudem ein unvollständiges Regelwerk für seine öffentlichen Finanzen gegeben hat, in dem zwar der Begrenzung des Schuldenstands zu Recht ein verfassungsrechtlicher Status eingeräumt wird, allerdings versäumt wird, den verbleibenden fiskalischen Spielraum zur Förderung von Investitionen zu nutzen.
- Deutschland braucht eine „Mindestdrehzahl für Investitionen“. Solch eine Mindestdrehzahl, die aufgrund der Netto- oder Brutto[anlage]investitionen festgelegt werden könnte, dient dazu sicherzustellen, dass der Wert der öffentlichen Vermögenswerte in Deutschland nicht weiter verfällt.
- Eine Mindestdrehzahl stünde nicht im Widerspruch zur „Schuldenbremse“ und mit ihr auch nicht im Wettbewerb. Mit der in der Verfassung verankerten „Schuldenbremse“ ist eine Obergrenze für das gesamte deutsche Haushaltsdefizit festgelegt, ohne dass dabei jedoch irgendwelche Vorgaben zur Zusammensetzung der Ausgaben gemacht werden. Bei der Mindestdrehzahl für Investitionen geht es lediglich um diese Zusammensetzung.
- Noch Mitte der 90er Jahre wurden auf kommunaler Ebene noch über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen in Deutschland getätigt. Heute sind es nur noch 36%. Diese Entwicklung zeigt, dass die Kommunen ihre

Investitionen an die Budgetzwänge angepasst haben. Diese Zwänge ergeben sich aus zögerlichem Wachstum und einem niedrigeren Steueraufkommen auf kommunaler Ebene, aber auch aus gestiegenen Sozialausgaben (die zum größten Teil von den Kommunen getragen werden).

- Viele deutsche Kommunen sind heute hoch oder sogar exzessiv verschuldet und haben keinerlei finanziellen Spielraum für Investitionen. Auch gibt es wenig Raum für Kommunen, sich für koordinierte und kostengünstige Investitionen in Vorhaben zusammenzuschließen, die Skalenerträge bringen würden.
- Wir wollen einen Kommunalen Investitionspakt, mit dem gezielt finanziell notleidende Kommunen dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur begegnen können. Er kann Verkehrs- und Bildungseinrichtungen modernisieren und vor allem auch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude leisten. Für Kofinanzierungen von Investitionsmitteln des Bundes wollen wir flexible Lösungen finden, damit keine Kommune in Haushaltsnotlage ausgeschlossen ist.
- Deutschland braucht darüber hinaus einen Finanzierungsfonds für dringliche Vorhaben auf kommunaler Ebene („Zukunftsfonds Deutschland“), an dem privates Kapital beteiligt ist. Dieser Fonds würde die Bundesebene, die Länder und die Kommunen zusammenbringen. Ziel des Fonds wäre es, eine Institution zu schaffen, die sicherstellt, dass die richtigen Vorhaben für die Finanzierung ausgewählt werden und die bewertet, ob sie sich für eine öffentlich-private Kofinanzierung eignen. Zudem würde ein solcher Fonds die Transaktionskosten senken, indem er beim Projektmanagement behilflich ist und eine Verbindung ähnlicher Projekte ermöglicht, die sich im Ausschreibungs- oder Umsetzungsstadium befinden.

Ziel 16: Deutschland muss eine bezahlbare, nachhaltige und sichere und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleisten und die Energiewende ökologisch wie ökonomisch zum Erfolg führen

- Die Energiewende ist ein Generationenprojekt, das nicht weniger als eine umfassende Umgestaltung der deutschen Energieversorgung bis zum Jahr 2050 bedeutet: Das Energiesystem der Zukunft wird ganz überwiegend auf erneuerbaren Energien basieren und in hohem Maße effizient sein. Leitschnur der Energiewende ist das „energiepolitische Dreieck“ einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen und Deutschland gleichzeitig als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten, muss die

Energiewende nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch zum Erfolg werden.

- Strategie und Fahrplan der Energiewende sind für die kommenden Jahre bereits weitgehend gesetzt. Es geht daher darum, die Energiewende unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu optimieren und den falschen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie, in dem sich die Energiepolitik viel zu lange bewegt hat, endlich zu überwinden. Energiewende bedeutet Innovation und Wirtschaftswachstum, steigert vorausschauend die Versorgungssicherheit, führt zu einer Modernisierung der Industrie, senkt bzw. stabilisiert die Energiekosten und bildet Leitmärkte der Zukunft heraus, schafft zusätzliche Arbeitsplätze – und dient der nachhaltigen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
- Mit einer Energieagenda 2030 wollen alle Potenziale nutzen, um Kosten zu reduzieren und Energiepreise zu stabilisieren. Waren früher die Arbeitskosten eine entscheidende Frage der Wettbewerbsfähigkeit, so sind es in Zukunft immer stärker die Energiekosten. Die staatlich veranlassten Preisbestandteile müssen auf den Prüfstand. Wir erarbeiten Vorschläge für ein Energiesteuerentastungsgesetz 2030, das für die kommenden 10-15 Jahre eine stufenweise Absenkung der energiebezogenen Steuern regelt.
- Eine engere Kooperation mit europäischen Partnern (insbesondere Frankreich) ist essenziell für die Energiepolitik der Zukunft. Versorgungssicherheit kann nur europäisch gedacht und geschaffen werden. Das beginnt mit der Messung von Versorgungssicherheit, die künftig den Strombinnenmarkt berücksichtigen muss, und geht weiter mit einem gemeinsamen Monitoring von Versorgungssicherheit mit unseren Nachbarländern. Zudem muss jede Entscheidung über einen Kapazitätsmechanismus europäisch eingebettet werden.
- Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz und dem Aktionsprogramm Klimaschutz werden die Voraussetzungen für eine sektorübergreifende Realisierung von Energieeffizienzpotenzialen und eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 geschaffen. Ergänzt wird dies noch um die Energieeffizienzstrategie Gebäude, mit der bis 2050 ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden soll.

### Ziel 17: Deutschland muss seine Schuldenlast weiter abbauen

- Die Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft der Bundesrepublik könnten eine deutliche Senkung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben. Dieses Szenario tritt ein, wenn der Rückgang der arbeitenden Bevölkerung nicht durch eine entsprechend starke Steigerung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität kompensiert wird.
- Die Frage, wie der aktuelle Schuldenstand von gut 2,16 Billionen Euro zurückgeführt werden soll, wenn gleichzeitig die Wachstumsraten fallen und die sozialpolitischen Herausforderungen in einer alternden Gesellschaft tendenziell steigen, ist kaum zu beantworten.
- Wir müssen deshalb die öffentlichen Haushalte über einen zielgerichteten Konsolidierungskurs in die Balance führen. Nur diese Balance schafft Spielräume für eine sinnvoll „atmende“ Finanzpolitik, die in guten Zeiten spart und in schlechten Zeiten Konjunkturimpulse gibt. Die Schuldenbremse gilt.

### **→ Ein sozial gerechter Öffnungsprozess: Sozialpolitik, Steuerpolitik, Finanzmarktregulierung**

### Ziel 18: Faire soziale Rahmenbedingungen herstellen

- Durch faire soziale Rahmenbedingungen sollen Gerechtigkeitslücken in der sozialen Sicherung geschlossen werden.
- Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist eine Aufgabe, der sich die Politik in den kommenden Jahren verstärkt stellen muss. Die Möglichkeit, sich für die Pflege von Angehörigen ganz oder teilweise von der Arbeit freistellen zu lassen, ist ein wichtiger Schritt, der um weitere, auch unkonventionelle Maßnahmen ergänzt werden muss.
- Auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Fokus fairer sozialer Rahmenbedingungen. Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern. Eine Familienarbeitszeit sollte Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren, ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

### Ziel 19: Faire steuerliche Rahmenbedingungen herstellen

- Steuerdumping, wie es zuletzt die „Luxemburg-Leaks“ öffentlich gemacht haben, darf es nicht geben. In der Europäischen Union brauchen wir einheitliche Regeln für eine Mindestbesteuerung von Unternehmen.
- Wir müssen die steuerliche Diskriminierung der Eigenkapital- und Beteiligungs- im Vergleich zur Fremdkapitalfinanzierung schrittweise verringern und damit größere Finanzierungsneutralität für die Unternehmen herbeiführen. Damit würden auch Neugründungen gestärkt.
- Beim automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten sind wir international vorangekommen. Auf dieser Grundlage sollten wir die Abgeltungsteuer abschaffen und zur Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem persönlichen Steuersatz zurückkehren.

### Ziel 20: Offene Finanzmärkte in den Dienst der Realwirtschaft stellen

- Um die Dienstleistungsfunktion des Finanzsektors zu stärken und ein transparenteres, robusteres und sichereres Finanzsystem zu schaffen, sind wir einige Schritte vorangekommen. Aber die Gefahr einer neuen Finanzkrise ist keineswegs gebannt. Weitere strukturelle Maßnahmen sind notwendig. Auf europäischer Ebene müssen Risiken aus rein spekulativen Tätigkeiten weiter eingedämmt werden. Potenziell riskante Handelsgeschäfte sind vom Einlagengeschäft abzutrennen (Trennbankensystem), wenn sie die Stabilität des Finanzsystems gefährden.
- Die Finanztransaktionssteuer muss auf europäischer Ebene endlich umgesetzt werden – mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage.

## **REFORM UND TRANSFORMATION – FÜR EINE PERSPEKTIVDEBATTE**

Das Wort „Reformstau“ war 1997 das Wort des Jahres. Es brauchte dann sechs weitere Jahre und einen Regierungswechsel, ehe der letzte große Veränderungsprozess unter Gerhard Schröder stattfand.

Deutschland muss heute die Herausforderungen erkennen und an einem neuen Gesellschaftsmodell arbeiten. Das Ziel muss es sein, den gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt auch zukünftig zu gewährleisten. Dafür ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts notwendig. Die SPD ist keine Partei, die für weniger Wachstum eintritt. Aber BIP-Wachstum allein ist nicht hinreichend. Die Verteilung des Wohlstands und die soziale Kohäsion haben auch einen monetären Gegenwert – nur wird dieser Gegenwert nicht oft diskutiert. In einer „offenen Gesellschaft“, die sich der Teilhabe und inklusivem Wachstum verschreibt, muss das Thema des „qualitativen Wachstums“ noch viel stärker in den Fokus wirtschaftspolitischer Debatten rücken, so wie es die hier vorgestellten Ziele tun.

Reformen sind kein Selbstzweck. Gegen den Missbrauch der Reformdebatte zur sozialen Spaltung der Gesellschaft steht die Sozialdemokratie mit einem klaren Kompass der Gerechtigkeit. Der konservative Reflex von Beharrung und Abschottung aber ist eine schlechte Alternative in einer Welt voller sozialer Veränderungen. Reformen sind notwendig, um die nächste große Transformation unserer Gesellschaft einzuleiten, Chancen zu mehren, Potenziale zu nutzen, Teilhabe zu verbreitern und Zukunftskompetenz zu gewinnen.

Wir wollen eine Perspektivdebatte für unser Land. Das Konzept der „offenen Gesellschaft“ mit allen seinen unterschiedlichen Facetten ist der richtige Weg, um Deutschland in Europa und der Welt zum Modell einer gerechten, dynamischen und offenen Wirtschaft zu machen.